



Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Albert Käuflein

Protokollführer: Dr. Gerald Geiser

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Kommunale*r, ehrenamtliche*r Tierschutzbeauftragte*r

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und ruft TOP 1 auf.
Zum Sachverhalt nachfolgende Wortbeiträge:

Stadträtin Christine Großmann (GRÜNE) sieht die Notwendigkeit einer koordinierten Vernetzung der Tierschutzorganisationen. Handlungsbedarf besteht auch im Hinblick auf den Umgang mit Stadttauben, dem Katzenschutz, dem Umgang mit Wildtieren, der Umsetzung des im Koalitionsvertrag beschlossenen Hundeführerscheins und den vielen Tierschutzproblemen die im Zusammenhang mit der gestiegenen Anschaffung von Tieren während der Corona-Pandemie aufgetreten sind. Nach ihrer Auffassung könnten viele Tierschutzprobleme durch intensive Aufklärungsarbeit vermieden werden.

Im Hinblick auf die zugenommene gesellschaftliche Bedeutung des Tierschutzes sieht **Stadtrat Michael Zeh (SPD)** ebenfalls Bedarf für die Einrichtung. Das größte Problem dürfte nach seiner Einschätzung die Besetzung der Stelle mit einer geeigneten Persönlichkeit sein. Hinsichtlich der Finanzierung sollte der Sachverhalt auf der nächsten Haushaltsberatung thematisiert werden.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) hält die Einrichtung grundsätzlich für sinnvoll. Jedoch ist für die Tätigkeit nach seiner Einschätzung eine Vollzeitstelle notwendig.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) lehnt den Antrag, wegen der Kosten und der Informationen der Verwaltung zu den Erfahrungen in Mannheim, ab.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) sieht ein Hauptaufgabengebiet in der Koordination zwischen den Tierschutzorganisationen. Sie thematisiert zudem die organisatorische Eingliederung in die Verwaltung, die sie kritisch sieht.

Nach Kenntnis von **Stadtrat Thomas Hock (FDP)** gibt es in Karlsruhe derzeit keine gravierenden Missstände im Tierschutz die eine solche Stelle rechtfertigen würden. Die gewünschte Aufgabenvielfalt ist nach seiner Einschätzung nur mit einer Vollzeitstelle zu leisten.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) erwähnt die gestiegene Sensibilisierung der Menschen für den Tierschutz und sieht einen, in den letzten Jahren, stark angestiegenen Beratungsbedarf

in allen Angelegenheiten des Tierschutzes. Eine der Hauptaufgaben des/der Tierschutzbeauftragten sieht sie in der Beratung im Umgang mit Wildtieren.

Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU) plädiert dafür, den Antrag in den nächsten Haushaltsberatungen zu erörtern. Nach ihrer Auffassung sind die gewollten Aufgaben ehrenamtlich nicht zu leisten.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung um Äußerung zu den vorgetragenen Argumenten.

Dr. Gerald Geiser (Ordnungsamt - und Bürgeramt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen) erläutert, dass die vertretenen Meinungen und Auffassungen prinzipiell alle richtig seien. Im Hinblick auf die Wildtierproblematik ist das Hauptproblem in Karlsruhe das Fehlen einer geeigneten Wildtierauffangstation.

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein Beschluss gefasst werden kann. Der Antrag soll deshalb von der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 27. Juli 2021 abgesetzt werden. Dafür soll der Sachverhalt, wegen der finanziellen Auswirkungen und der Kompensation an anderer Stelle, in den nächsten Haushaltsberatungen diskutiert werden.

gez. Bürgermeister Dr. Albert Käuflein
Sitzungsleiter

gez. Dr. Gerald Geiser
Protokollführer

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Albert Käuflein

Protokollführerin: Knoch, Kay Annelie

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 2: Titel: Gründung einer virtuellen öffentlichen Einrichtung

Der Vorsitzende ruft TOP 2 auf: Die Gründung einer virtuellen öffentlichen Einrichtung für den Betrieb der Multifunktions-App digital@KA.

Diese Gründung stellt die Notwendigkeit einer Basis für den Betrieb der Multifunktions-App digital@KA dar. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, eine virtuelle öffentliche Einrichtung zu gründen, um die Multifunktions-App zu betreiben. Damit wäre die Stadtverwaltung Karlsruhe die erste Stadt in Deutschland, die eine App in dieser Form betreibt. Er weist darauf hin, dass entsprechende Informationen bereits in der IT-Kommission diskutiert wurden.

Herr Bürgermeister Dr. Albert Käuflein übergibt das Wort an Herrn Markus Losert.

Herr Markus Losert (Leiter des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung) stellt das Projekt digital@KA vor und erläutert, warum das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung die App gerne als virtuelle öffentliche Einrichtung betreiben möchte. Er verweist auf die Notwendigkeit eines Rechtsrahmens für die App. Die Multifunktions-App digital@KA hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Thema eGovernment, insbesondere die städtischen digitalen Dienste, mehr in den Fokus der Gesellschaft zu bringen. Am Beispiel der Stadt Wien wurde die Möglichkeit aufgezeigt, die App von der Stadt Karlsruhe selbst zu betreiben. Hierbei wurden bereits Diskussionen mit dem Zentralen Juristischen Dienst (ZJD) geführt und eine Analogie zum Weihnachtsmarkt geprüft. Die Stadt stellt somit einen virtuellen Platz bzw. Raum zur Verfügung, ähnlich eines Weihnachtsmarktes. Gewerbliche In-App-Betreiber nutzen diesen auf eigene Rechnung und haften für ihre Inhalte selbst. Dafür werden Zulassungskriterien und Nutzungsbedingungen benötigt, ebenso wie auf einem Weihnachtsmarkt. Für die Stadtverwaltung besteht die Möglichkeit, von den in-App-Anbietern ein Nutzungsentgelt – ähnlich einer Marktstandgebühr - zu verlangen. Die Höhe dieses Entgeltes ist noch festzusetzen. Es darf maximal Kostendeckend sein.

Herr Markus Losert bedankt sich bei Herrn Timo Stubenrauch vom ZJD für das fundierte Gutachten und die Ausarbeitung der juristischen Dokumente zum Thema virtuelle öffentliche Einrichtung.

Die App befindet sich aktuell in der letzten Entwicklungsphase und soll am 8. Oktober 2021 zum Innovations-Festival im ZKM eingeführt werden. Die nächsten Schritte sind eine Datenschutzfolgeabschätzung und die Akquise von In-App-Betreibern. Heute, im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, soll in Vorbereitung der Rechtsrahmen dafür geschaffen werden.

Frau Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) bedankt sich für den Vortrag. Sie ist irritiert und äußert Bedenken in Bezug auf die Angebote gewerblicher Art in der App. Frau Binder fragt nach, inwieweit die Anbieter von In-Apps auf Daten der Nutzer zugreifen können und verweist auf die Gefahren möglicher dubioser Geschäfte, die durch die App abgewickelt werden könnten.

Herr Stadtrat Oliver Schell (AfD) sieht die App sehr kritisch und vergleicht sie mit einer Suchmaschine. So etwas gäbe es bereits. Er möchte wissen, wie damit umgegangen wird, wenn ein Karlsruher Bordell seine Dienste über die App betreiben möchte.

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein stellt klar, dass die App hier nicht zur Debatte steht. Es ginge lediglich um die Form, die App zu betreiben. Die App stehe kurz vor der Fertigstellung und soll am 8. Oktober 2021 eingeführt werden.

Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) möchte wissen, wer über die App seine Dienste zur Verfügung stellen darf und wo die Stadt die Grenzen bezüglich der Zulassungskriterien zieht.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) unterstreicht die Wichtigkeit des Karlsruher Bezugs. Tickets und Straßenbahnangebote sollen über die App abgewickelt werden können.

Stadtrat Friedemann Kamlbach (FW/FÜR) findet es gut, dass die Stadt mit dieser App sehr innovativ ist. Für ihn ist die App eine Dienstleistung. Er fragt, inwieweit die Zulieferung durch die Verwaltung funktioniert.

Stadträtin Christina Bischoff (GRÜNE) begrüßt, dass die App beim Innovation-Festival vorgestellt wird. Sie verweist auf die Nutzungsbedingungen und möchte wissen, was im Bereich Datenschutz und DSGVO geregelt wird.

Herr Markus Losert (Amtsleiter Amt für Informationstechnik und Digitalisierung) antwortet auf die gestellten Fragen aus dem Gremium nach Themen geordnet:

Karlsruher Bezug: Alle In-Apps müssen einen Bezug zu Karlsruhe und zum Wohl der Menschen in Karlsruhe haben.

Datenzugriff der Anbieter von In-Apps:

Die digitalen Dienste am Beispiel der der BNN-App sollen auf jeden Fall über digital@KA abgerufen werden können. Jede gewerbliche In-App hat ein eigenes Geschäftsmodell. Hierin wird sich die Stadt nicht einmischen. Die Stadtverwaltung Karlsruhe möchte mit der App nur die Möglichkeit bieten, alle Apps mit Karlsruher Bezug zu zentralisieren und den Menschen in Karlsruhe zur Verfügung zu stellen. Jeder User der App entscheidet individuell, welche Apps er in digital@KA nutzen möchte und kann sich die App individuell einrichten. Werbung innerhalb der App ist nicht erwünscht. Zulassungskriterien wurden sehr weit gefasst. Die App soll beispielsweise auf Responsive Websites verlinken. Das Ziel der App ist eine Single-Sign-On-Lösung inklusive eines Bürgerkontos.

Thema Zulieferer der Verwaltung:

Am Beispiel von KA-Feedback wurde von der Verwaltung eine Website zur Verfügung gestellt, im Hintergrund müssen aber auch die Prozesse berücksichtigt werden. Bei der Auswahl und Integration von Informationskanälen zwischen Stadt und Bürgerinnen und Bürgern wird auf den Dienstbeginn von Herrn Jüngert, den neuen Amtsleiter des Presse- und Informationsamtes gewartet, der sein Amt im September 2021 antritt. Er soll hier maßgeblich mitentscheiden.

Nutzungsbedingungen und DSGVO:

Das Hosting der App soll in Karlsruhe durch die Firma Telemaxx betrieben werden. Ein großes Anliegen des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung ist es, eine App aus Karlsruhe für Menschen in Karlsruhe zu entwickeln. Die Daten sollen in Karlsruhe bleiben. Gespräche mit dem Hostinganbieter, der Telemaxx aus Karlsruhe wurden bereits geführt.

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein spricht sich für den Nutzen der App aus. Die App funktioniere nur, wenn die User einen Nutzen haben. Die App unterscheidet sich grundlegend von einer Suchmaschine, in welcher sich die Bürgerinnen und Bürger die App herunterladen und diese individuell und personalisiert einrichten und verwenden können.

Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) fragt den ZJD, welche Möglichkeiten es gibt, um zum Beispiel Bordellbetriebe in der App auszuschließen.

Herr Timo Stubenrauch (ZJD) entgegnet, anfangs seien keine Einschränkungen vorgesehen, nur gewerbliche Anbieter mit Bezug zu Karlsruhe sollen in die App integriert werden können. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, weitere Zulassungskriterien zu definieren, um gewisse Gewerbebetriebe auszuschließen.

Herr Markus Losert (Leiter Amt für Informationstechnik und Digitalisierung) spricht sich sehr dafür aus, die App nun einfach zu starten und ein gewisses Risiko einzugehen. Im Nachgang besteht immer die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen. Er sieht diese Vorgehensweise als den besseren Weg, als im Vorfeld alle Risiken auszuschließen. Das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung hatte im Vorfeld mehrere Befragungen durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürgerinnen wurden insbesondere danach gefragt, welche digitalen Dienste der Stadtverwaltung Karlsruhe sie sich wünschen. Ein Mängelmelder war der wichtigste Punkt hieraus. Diesen gibt es bereits, er ist aber nicht bekannt, weil diese App von Seiten der Stadt kaum kommuniziert wurde. Die Lösung für derartige Situationen ist jetzt digital@KA, welche auf das gesamte App-Portfolio der Stadtverwaltung Karlsruhe aufmerksam machen wird.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) würde gerne wissen, inwieweit eine Evaluierung möglich ist. Sie wünscht sich eine Testphase, um die Wirkung der App zu evaluieren.

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein erklärt, dass die Stadtverwaltung Karlsruhe die einzige Kommune ist, die eine solche App zur Verfügung stellt und wirbt dafür, ein gewisses Restrisiko einzugehen und die App auszuprobieren. Die App wird sich kontinuierlich weiterentwickeln und lässt einen großen Spielraum für die Evaluation.

Herr Markus Losert ergänzt zudem, dass das Ziel die Erschaffung einer Community ist. Man möchte gezielt mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Karlsruhe kommunizieren, um auf die Bedürfnisse der User eingehen zu können. Die App soll gemeinsam mit den Menschen in Karlsruhe weiterentwickelt werden.

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein
Sitzungsleiter

Kay-Annelie Knoch
Protokollführerin

TOP 3: Verschiedenes

Es wurden keine Themen angesprochen.

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeister Daniel Fluhrer

Protokollführerin Silke Meyer

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und ruft TOP 4 auf.

TOP 4 Abwasser-Monitoring zu Covid-19 (Antrag FW/FÜR, GR 22.06.21)

Hierzu gab es keine Wortmeldungen; die antragstellende FW/FÜR-Fraktion hat den Antrag aufgrund der Ausführungen in der Vorlage zurückgenommen.

TOP 5 Straßenschilder für Sehbehinderte

Nach Wortmeldungen der **Stadträte Michael Zeh (SPD), Oliver Schnell (AfD), Michael Borner (GRÜNE), Thomas Hock (FDP)** und der **Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.)** sprach sich das Gremium mehrheitlich dafür aus, dass die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden soll. Die Ausstattung einer Kreuzung mit ertastbaren Namensschildern wird als nicht sinnvoll erachtet (Kosten bei Ausrollung über das gesamte Stadtgebiet, mangelnde Hygiene, mögliche Beschädigungen).

Dem Beschlussantrag wird nicht stattgegeben.

TOP 6 Verschiedenes

Hier gab es keine Wortmeldungen.

gez. Bürgermeister Daniel Fluhrer
Sitzungsleiter

gez. Silke Meyer
Protokollführerin

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2020, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin Friederike Häcker

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 7 Schattenflächen auf Spielplätzen

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Bettina Lisbach begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und ruft TOP 7 auf.

Friederike Häcker (GBA) stellt in einem mündlichen Bericht die Vorgehensweise der bisherigen Prüfung für Baumpflanzungen auf den öffentlichen Spielplätzen dar und teilt das Zwischenergebnis der Auswertung nach Luftbild, Leitungen, Tiefgarage sowie ausreichend Wurzelraum und Abstand zu Spielgeräten und Zufahrtswegen mit. Die Kernbotschaft lautet, dass die bislang 218 überprüften Spielplätze in 14 Stadtteilen im Grundsatz über ausreichend Schatten verfügen. Es konnten im Ergebnis 10 weitere Baumstandorte identifiziert werden.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) bedankt sich für die Ausführung und stellt die Frage, ob durch Sonnensegel oder Pergolen anderweitig für Schatten gesorgt werden könne und wie schnell die Bäume gepflanzt würden.

Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU) führt aus, dass die Bäume Zeit zum Entwickeln bräuchten, Platz im Schatten bei den immer heißeren Sommern schon jetzt benötigt werde und regt an, die Untersuchung auf Sonnensegel auszuweiten. Viele Wasserpumpen auf den Spielplätzen seien derzeit defekt, sollten jedoch als Abkühlungsmöglichkeit erhalten bleiben.

Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) begrüßt zusätzliche Baumpflanzungen und betont, wie wichtig Schatten auf den Kleinkinderspielplätzen sei. Hierzu vermisse er eine Aussage im Bericht.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) berichtet, dass seine Fraktion eine Lösung mit Sonnensegel im Ostaupark (Otto-Dullenkopf-Park) am Spielplatz neben der Gastronomie für möglich halte. Die Baumuntersuchung sei ansonsten zu seiner vollsten Zufriedenheit.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Bettina Lisbach weist darauf hin, dass man sich im Januar auf die Prüfung von Baumpflanzungen verständigt habe. Für Sonnensegel auf öffentlichen Kinderspielplätzen gäbe es mit Hinweis auf die Unterhaltungskosten, die intensive Wartung und möglichen Vandalismus kein Potential. Sie ergänzt, dass in Kindertageseinrichtungen sehr wohl Sonnensegel verwendet würden, da insbesondere für den U3-Bereich ausreichend Schatten sehr wichtig sei.

Frau Friederike Häcker (GBA) verweist zunächst auf die ausführliche Beantwortung durch Frau Bürgermeisterin Lisbach zum Thema Sonnensegel. Sie erläutert hinsichtlich der Pergolen, die Stadträtin Karin Binder als punktuelle Rankhilfen präzisiert, dass hierfür eine Gründung notwendig sei und genau zu prüfen sei, wo unter Berücksichtigung der einzuhaltenden Abstände zu Spielgeräten solche errichtet werden könnten. Auch hier wäre der Schatten nicht unbedingt dort zu erzielen, wo er gewünscht sei. Ziel sei, die Untersuchung der verbleibenden 12 Stadtteile in den nächsten Monaten abzuschließen, um dann die konkret ermittelte Anzahl an Baumpflanzungen im Herbst ausschreiben zu können.

Sie erklärt, dass die Technik der Wasserspielanlagen sehr sensibel und anfällig sei und legt dar, dass die Spielanlagenunterhaltung die Reparaturen der defekten Pumpen bereits beauftragt und z.T. vorgenommen hat.

Auf den Hinweis von Herrn Stadtrat Michael Borner führt Frau Häcker aus, dass die Untersuchung nach möglichen Baumstandorten nicht auf die Kleinkinderspielplätze eingegrenzt gewesen sei, sondern sie sei bewusst für allen öffentlichen Spielplätze vorgenommen worden. In Folge würde sich die Prüfung der restlichen Stadtteile besonders auf die Kleinkinderspielplätze konzentrieren.

Zu dem Wunsch nach mehr Schatten bei dem Spielplatz im Ostaupark von Herrn Stadtrat Michael Zeh berichtet Frau Häcker, dass dieser als einer der Standorte für eine zusätzliche Pflanzung definiert worden sei.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Bettina Lisbach fasst abschließend zusammen, dass die Möglichkeiten, feste Anlagen wie Sonnensegel oder Pergolen zu installieren, aufgrund der personellen und finanziellen Mittel begrenzt seien und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Friederike Häcker, GBA
Protokollführerin

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer Christophe Gentil

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 8 Trinkbrunnenkonzept

Frau Dr. Kathrin Korth (Korth StadtRaumStrategien) stellt in einer Präsentation das Trinkbrunnenkonzept vor und weist neben der Ausweisung von neuen Brunnen auf die bereits hohe Anzahl bestehender Trinkbrunnen hin, die jedoch Defizite in der optischen Erscheinung und in der hinweisenden Beschilderung haben.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) bedankt sich herzlich, auch im Namen der Fraktion, dass das Thema Trinkbrunnen in Karlsruhe in diesem tollen Bericht umfassend untersucht worden sei und regt an, dass eine Veröffentlichung hierzu in der Stadtzeitung erscheine. Dabei könne auch auf die „Refill“-Aktion hingewiesen werden, beide Möglichkeiten der Versorgung mit Trinkwasser könnten somit kombiniert werden. Karlsruhe könne sich damit profilieren, was auch eine Notwendigkeit sei. Sponsoren könnten damit angezogen werden, auch Gruppen könnten einen Brunnen sponsern.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) ist der Meinung, dass der Bericht keine Frage offen lasse. Er unterstreicht die Wichtigkeit von Sponsoren für die Brunnen, auch Brunnenpatenschaften analog zu den Baumpatenschaften. Neben der Beschilderung sehe er Defizite in der digitalen Sichtbarkeit

Stadtrat Thomas Hock (FDP) stimmt den Aussagen von Stadträtin Rastätter zu. Der Gemeinderat wisse nun, was er machen könne, aber Personal und Geld fehle. Seine Fraktion wünsche sich auch mehr Trinkbrunnen, sehe aber riesige Baustellen mit den bestehenden Trink- und Zierbrunnen. Die bestehenden Brunnenanlagen seien auf Vordermann zu bringen, auch das Bewerben habe erste Priorität.

Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU) bedankt sich für den Bericht. Die Instandsetzung der bestehenden Brunnen sei abzarbeiten, sowohl bei den Zierbrunnen als auch den Trinkbrunnen. Die Europäische Brunnengesellschaft sei mit einzubinden, damit hier ein Austausch stattfinde, auch mit den Stadtwerken. Auch den Bürgerinnen und Bürgern sei das Thema näher zu bringen.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) stellt heraus, dass für ihn die Erhaltung des Bestands maßgeblich sei und dieser in Schuss gebracht werde.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Lisbach verweist auf das Projekt „Wasserwende-Klimaschutz vor Ort“ im Wasser-Quartier Karlsruhe-Ost, deren Schirmherrin sie sei.

Frau Dr. Kathrin Korth (Korth StadtRaumStrategien) erläutert auf die Nachfrage nach der Dichte des Trinkbrunnennetzes, dass sie den Bedarf ermittelt habe und zwar eher außerhalb des Stadtzentrums, denn dort sei das Netz ausreichend dicht. Sie unterstreicht die Möglichkeit der Profilierung, da die Stadtwerke Karlsruhe durch das CO₂-neutrale Trinkwasser führend seien. Zur digitalen Sichtbarkeit der Brunnen weist sie darauf hin, dass in der Trinkwasser-App der Stadtwerke mehr Brunnen angezeigt würden, auch diejenigen, welche nicht in der Unterhaltung des Gartenbauamt seien.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Lisbach fasst zusammen, dass Öffentlichkeitsarbeit und Instandsetzung und -haltung Vorrang haben. Für das Sponsoring von Maßnahmen an den Brunnen sei die Stadtverwaltung offen.

**TOP 9 Einrichtung eines öffentlichen „Hundegartens“ in Karlsruhe (Antrag FDP/FW/FÜR)
Eingezäunte Rasenflächen auf bestehenden Hundefreilaufflächen einrichten (Antrag AfD)**

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) begründet den Antrag seiner Fraktion mit dem steigenden Nutzungsdruck auf Parkflächen und den daraus folgenden Konflikten zwischen Radfahrer*innen, Joggern und Hundebesitzenden. Mit einer umzäunten Fläche könne man einen Platz schaffen, auf dem Hunde und deren Besitzer*innen sich begegnen und die Tiere frei laufen könnten. Die Verwaltung möge einen Platz ausdeuten, wo eine solche Fläche getestet werden könne. Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme mehr Punkte aufgelistet, die dagegen sprechen würden.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass es darum gehe, Konflikte zu vermeiden. Hunde müssten auch mal frei laufen können. Grünflächen ohne Zaun seien von Hundebesitzern hierfür nicht nutzbar. Er spricht sich dafür aus, eine eingezäunte Fläche auszuprobieren.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) sagt, dass seine Fraktion flächendeckende Plätze ablehne, aber einem Platz zum Testen würden sie zustimmen. Eine solche Fläche sei gerade für junge Hunde gedacht. Er denke dabei an den Ostauemark (Otto-Dullenkopf-Park), entlang der vorhandenen Straßenbahnstrecke, da hier schon ein Zaun vorhanden sei. Die Fläche solle auf eher abgelegenen Flächen errichtet werden, trotz der Kosten und Bedenken.

Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) merkt an, dass sich die Fraktion der Grünen schon mit mehreren Briefen an das Gartenbauamt gewendet und einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht habe. Er freue sich über die Stimmungsänderung im Gemeinderat in dieser Sache.

Er schließe sich dem Vorschlag von Stadtrat Kalmbach an, eine Probefläche auf der Hildapromenade oder im Ostaupark (Otto-Dullenkopf-Park) herzustellen.
Er habe die Bitte, das Angebot nicht flächendeckend auszuweiten.

Stadtrat Dirk Müller (CDU) äußert seine Skepsis gegenüber der Einrichtung solcher Flächen. Ihm stelle sich die Frage, was die Stoß- oder Zielrichtung eines solchen Tests sei. Welche Erkenntnisse solle man daraus ableiten? Weitere umzäunte Flächen lehne seine Fraktion ab. Eine Probefläche wäre in Ordnung, aber er sehe nicht, welche Zielsetzung verfolgt werde.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) fragt nach, wann die Gemeinderatsfraktion der Grünen einen Antrag gestellt habe. Er möchte zwei Stellen zum Testen einrichten, damit keine Ballung an der Testfläche stattfindet. Die Verwaltung möge ihre Haltung ändern.

Stadtrat Thomas Hock (FDP) bittet die Verwaltung, die gehörten Strömungen im Ausschuss für die weitere Beratung im Gemeinderat mitzunehmen.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Lisbach betont, dass bei umzäunten Hundeausläufflächen faktisch eine Nutzung durch die Öffentlichkeit nicht mehr stattfindet, sondern ausschließlich durch Hundebesitzer*innen. Aufgrund der sich abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse will sie mit dem Gartenbauamt besprechen, ob die Vorlage mit einer Ergänzung in den Gemeinderat eingebracht werden kann.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) weist darauf hin, dass es auch um die Hundehaltung generell gehe, da läge vieles im Argen, wie z.B. die Haltung großer Hunde in der Stadt. Hundehaltung müsse artgerecht sein, dazu gehöre auch, dass Hunde frei laufen könnten. Da reiche eine umzäunte Anlage nicht aus. In Grünwinkel gibt es Schilder, dass hier Hunde frei laufen, und dass alle aufeinander Rücksicht nehmen sollten. Dies funktioniere dort gut. Die Halter*innen sollten sich nicht nur auf der umzäunten Hundewiese mit dem Tier beschäftigen, sondern generell mehr Zeit mit ihm verbringen. Der Aspekt der artgerechten Haltung sei hervorzuheben, sie plädiere für einen Hundeführerschein. Das Thema sei komplex und müsse im Zusammenhang gesehen werden. So gelange man zu einer besseren Lösung.

Stadtrat Thomas Hock (FDP) wendet sich an die Vorsitzende, dass diese die Äußerungen und Wahrnehmungen mitnehmen könne. Die Spannungen zwischen den Nutzergruppen seien da. Gerade junge Hunde sollten freien Auslauf haben und andere Hunde treffen, um sich artgerecht entwickeln zu können. Einen Versuch wäre es wert.

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Lisbach bittet um ein Stimmungsbild des Ausschusses per Handzeichen, ob zunächst Testflächen eingerichtet werden sollen.

Ergebnis: einstimmig ja, bei vier Enthaltungen

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Christophe Gentil
Protokollführer

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen
24. Juni 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer zu TOP 10 und 11 Ulrich Kienzler

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 10 Konzept Klimaanpassung Stadtwald

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist auf den von der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion eingebrachten Ergänzungsantrag zu TOP 7 der Gemeinderatssitzung am 30.06.2020 – Klimaanpassung des Stadtwaldes – hin. Sie verweist zudem auf die Beratung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit Naturschutzbeirat am 11.05.2021 hin. Danach übergibt Sie das Wort an Ulrich Kienzler (Amtsleitung Forstamt).

Ulrich Kienzler (Amtsleitung Forstamt) geht in seinem Bericht auf die drei Fragestellungen des Antrags ein.

Zur Frage, ob und wann die Anzahl der Neupflanzungen mit nicht heimischen Baumarten künftig verringert werden kann, verweist er darauf, dass die empfohlene Limitierung bei 20 % den heute bereits vorhandenen Anteil über lange Zeit bewährter, nicht heimischer Baumarten beibehält. Experimente mit neuen Baumarten sind nicht vorgesehen, deshalb auch bewusst der Begriff der Waldanpassung und nicht des Waldumbaus. Das Konzept hat detailliert die Risikopotentiale zum Beispiel hinsichtlich der Invasivität beschrieben und Restriktionsbereiche wie Naturschutzgebiete definiert. Zu berücksichtigen sind eben auch zahlreiche Waldfunktionen, so sollte beispielsweise im Hinblick auf das kühle Waldinnenklima in den meisten stadtnahen Wäldern ein geschlossenes Kronendach erhalten bleiben. Gravierende negative Einflüsse auf die Funktionalität und das Ökosystem sind dadurch nicht zu erwarten. Das Konzept ist aber dynamisch und muss immer wieder geprüft und bei Bedarf nachjustiert werden. Insofern werden die klimatischen Rahmenbedingungen letztendlich den künftigen Waldaufbau zentral bestimmen. Im Übrigen setzt der neue Koalitionsvertrag der Landesregierung auf einen maximalen Anteil fremdländischer Baumarten von 25 %.

Wegen der Waldschadenssituation hat das Forstamt im Stadtwald die reguläre, planmäßige Holznutzung in den letzten 3 Jahren gegenüber dem nachhaltig möglichen sogenannten Hiebssatz bereits sehr deutlich reduziert. Der Schwerpunkt lag bei der Nutzung geschädigter und abgestorbener Bäume im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht. Es ist der Öffentlichkeit zudem nicht zu vermitteln, dass in Zeiten hoher Waldschäden der reguläre Holzeinschlag in vollem Umfang weiterläuft.

Ein völliger Verzicht auf reguläre forstliche Maßnahmen ist jedoch nicht zu empfehlen, da gerade jüngere Waldbestände eine Pflege brauchen. Dabei sollen die Baumkronen so entwickelt werden, dass sich die Vitalität erhöht. In alten Beständen, vor allem bei der Buche, soll das Kronendach dagegen eher geschlossen bleiben wegen der intensiven Sonneneinstrahlung.

Der klare Vorrang der Naturverjüngung vor Pflanzungen ist im Konzept definiert. Dafür sprechen ökologische und ökonomische Gründe. Im Einzelfall bedarf es örtlich jedoch ergänzender Pflanzungen, zum Beispiel bei einem Baumartenwechsel, bei Kalamitätsflächen durch das Eschentriebsterben, bei der Förderung der Baumart Eiche oder bei seltenen und

nicht wenig konkurrenzstarken Baumarten. Das Forstamt versucht jedoch auch hier die Förderung der Naturverjüngung, zum Beispiel dadurch, dass sogenannte Wuchshüllen als Schutz angebracht werden. Angestrebt werden Baumartenmischungen. Versuchsweise soll etwa im Oberwald durch streifenweises Verwunden des stark mit Seegrass dicht bedeckten Oberbodens mittels vom Pferd gezogenem Pflug ein besseres Keimbett für die Eicheln geschaffen werden. Zentral ist die kleinflächige und an die jeweilige Waldsituation angepasste Vorgehensweise.

Stadtrat Thomas Hock (FDP) betont, dass man sich mit nichtheimischen Baumarten, beispielsweise im Hartwald, bewegen muss. Seiner Meinung nach steht die Esskastanie gut da. Er sieht auch bei einer Grenze von 25 % keine Probleme. Änderungen im Waldaufbau durch den Klimawandel sind nicht von der Hand zu weisen.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) bedankt sich für die Ausführungen und betont, dass man mit den 20 % erst einmal leben kann. Die Biodiversität ist zwar nicht gleichwertig, wichtig ist deshalb eine gute Mischung der verschiedenen Baumarten. Die Vielfalt hat die größte Bedeutung, dazu müssen auch Sekundärbaumarten genutzt werden für die Resilienz-Stärkung des Waldes. Die Esskastanie breitet sich Ihrer Beobachtung nach von alleine aus. Ein „Wunderbaum“ gibt es nicht für den Wald im Klimawandel.

Ergebnis: Den Ergänzungsantrag sieht die Fraktion damit als erledigt an.

TOP 11 Stadthägerinnen und Stadthäger und Wildtierportal

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die vorliegende Vorlage. Ein nochmaliger Vortrag wird nicht gewünscht. Sie ruft die Diskussion auf.

Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) fragt nach, ob es sich mit der Formulierung in der Vorlage „die Gemeinde kann...“ um eine Pflichtaufgabe handelt.

Stadtrat Thomas Hock (FDP) verweist auf einen aktuellen Bericht in der SWR Landesschau über die Aufgaben der Stadthäger in Stuttgart. Wer den Bericht gesehen hat, versteht, dass es gar keine andere Variante dazu gibt. Aus vielerlei Gründen nehmen Wildtier-Populationen in Siedlungsbereichen zu.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) verweist auf die vielfältigen Aufgaben des Wildtierbeauftragten. Wildtiere in der Stadt ziehen zahlreiche Folgen nach sich. Sie sieht das grundsätzlich positiv, da es schön sei, wenn man Tiere in der Stadt sieht und beobachten kann. Wichtig seine zur Konfliktvermeidung Informationen und ein Wildtier-Management. Ziel muss es sein, präventiv zu handeln und zu lernen, mit den Tieren zu leben. Aus Ihrer Sicht haben auch Nilgänse eine Lebensberechtigung.

Stadtrat Thomas Hock (FDP) entgegnet, dass die invasiven Arten im Blick bleiben müssen. So können beispielsweise Marderhund oder Waschbär massive Schäden in der Vogelwelt verursachen und können so zum Problem werden.

Stadtrat Dirk Müller (CDU) fragt, ob ihm bekannte Beschwerden aus Daxlanden (Fritschlach) oder Knielingen über zunehmende Probleme mit Waschbären zutreffen.

Ulrich Kienzler (Amtsleitung Forstamt) bestätigt gegenüber Herrn Müller die Zunahme von Waschbären in den westlichen Stadtteilen. Im Hinblick auch die Ausführungen bestätigt er die Strategie der Information und der vorbeugenden Konfliktvermeidung. Genau hier setzt die Tätigkeit des Wildtierbeauftragten an. Seine Aufgabe ist dadurch zeitintensiv, wird aber von allen Seiten wertgeschätzt. Bei der Thematik Wildtiere in der Stadt bietet zudem das Wildtierportal für die Bürgerschaft ganz ausführliche Informationen zu aller Tierarten, die im Siedlungsbereich vorkommen. Verlinkungen sind auf der städtischen Homepage geplant.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Ulrich Kienzler
Protokollführer

TOP 12: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

24. Juni 2021, 16:30 Uhr

nicht öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer: Benjamin Bohner

Anwesende siehe Anwesenheitsliste